

Offenhaltung von Tempelhof verursacht Milliarden Schaden und kostet mehr als 40.000 Arbeitsplätze

Claudia Hämmerling, verkehrspolitische Sprecherin, erklärt:

In der Antwort auf die Kleine Anfrage 16/11517 erklärt der Senat, dass es ohne die Schließung von Tempelhof keine fachplanerische Rechtfertigung für den geplanten Flughafen BBI gibt. Somit würde die Offenhaltung von Tempelhof zu Anwohnerklagen in Schönefeld führen, die BBI zwangsläufig zum Scheitern verurteilen.

Es wären hunderte Millionen Euro für den Grundstückserwerb sowie die bereits getätigten Investitionen in Höhe von 825 Millionen Euro umsonst ausgegeben. Und die noch ausstehenden Investitionen in Milliardenhöhe könnten nicht getätigt werden. Damit gingen auch 40.000 geplante neue Arbeitsplätze verloren.

Wer eine politische Entscheidung für die Offenhaltung von Tempelhof fordert, muss den BerlinerInnen die Wahrheit sagen. Es ist zweifellos ärgerlich, dass der Senat kein tragfähiges Nachnutzungskonzept für Tempelhof vorgelegt hat und die Kosten für den Zeitraum nach der Schließung nicht belegen kann. Als Konsequenz aber eine Fortführung des Flugbetriebes zu fordern, ist verantwortungslos. Wir fordern die CDU auf, ihre populistische Tempelhofkampagne einzustellen.